

CHF 2.50  
AZA 3001 Bern

# SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

DIE ZEITUNG FÜR KMU

**BEGRENZUNGS-INITIATIVE** – Die Personenfreizügigkeit ist Teil der Bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU, die Schweizer Firmen den Marktzugang gewährleisten. Ein Ja zur Begrenzungs-Initiative würde für die Unternehmen Nachteile beim Marktzugang zur EU bringen. Deshalb ist die Initiative abzulehnen.

## Den Wohlstand sichern

Am 17. Mai 2020 steht mit der Volksinitiative «für eine massvolle Zuwendung» eine wichtige Abstimmung bevor. Die Begrenzungs-Initiative verfolgt das Ziel, die Personenfreizügigkeit mit den Ländern der Europäischen Union und der Europäischen Freihandelszone (Efta) neu zu verhandeln bzw. bei fehlendem Resultat zu kündigen. Vergleichbare Vereinbarungen sollen verfassungsrechtlich verboten werden.

### Der sgv lehnt die Initiative ab

Bundesrat und Kantone lehnen die Begrenzungs-Initiative klar ab. Ein Ja zur Begrenzungs-Initiative bedeutet nichts weniger als das Ende des bewährten bilateralen Wegs und bringt das Risiko eines vertragslosen Zustands, führte Bundesrätin **Karin Keller-Sutter** vor den Medien aus.

Regierungsrat **Benedikt Würth**, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons St. Gallen, sprach sich in seiner Funktion als Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) auch im Namen der Kantone für ein Nein am 17. Mai 2020 aus.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv begrüßt die ablehnende Haltung des Bundesrates und der Kantone und lehnt seinerseits die Begrenzungs-Initiative ebenso dezidiert ab. «Die Personenfreizügigkeit ist für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung», sagt sgv-Direktor **Hans-Ulrich Bigler**. «Sie ermöglicht den Unternehmen nicht nur, flexibel und unbürokratisch auf einen Fachkräftepool in der EU zurückzugreifen, sie hat in den vergangenen Jahren auch zu wachsendem Wohlstand beigetragen.»

### Inländerpotenzial ausschöpfen

Mit einem Paket zugunsten älterer Arbeitnehmender hat der Bundesrat am 15. Mai 2019 verschiedene Massnahmen zur Förderung des Inländerpotenzials beschlossen. Diese Mass-



Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Benedikt Würth, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, begründeten gemeinsam das Nein von Bundesrat und Kantonen zur Begrenzungs-Initiative. Bild: Keystone Anthony Anex

nahmen umfassen unter anderem eine kostenlose Standortbestimmung, Potenzialanalyse und Laufbahnberatung für Erwachsene über 40 Jahre, die Anrechnung von Bildungsleistungen beim Berufsabschluss für Erwachsene, zusätzliche Arbeitsmarktintegrationsmassnahmen für schwer vermittelbare Stellensuchende, einen erleichterten Zugang für ausgesteuerte Personen über 60 Jahren zu Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen sowie Überbrückungsleistungen für ausgesteuerte Arbeitslose.

Zusammen mit der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative, über die seit 1. Juli 2018 geltende Stellenmeldepflicht, wird die Ausschöpfung des Inländerpotenzials zu einem wichtigen Ziel der Arbeitsmarktpolitik. Selbst wenn das inländische

Arbeitskräftepotenzial bestmöglich ausgeschöpft wird, sind die Schweizer Wirtschaft und insbesondere die KMU auch in Zukunft auf gut qualifizierte Personen aus dem Ausland angewiesen. In den nächsten Jahren werden mehr Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt verlassen als neue dazukommen. Der Mangel an Fachkräften wird sich künftig verschärfen.

### Ein wichtiger Pfeiler der Bilateralen Verträge

Die Personenfreizügigkeit ist Teil der Bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU, die Schweizer Firmen den Marktzugang gewährleisten. Würde infolge Annahme der Begrenzungs-Initiative das Personenfreizügigkeitsabkommen gekündigt, so wäre das ganze bilaterale Vertragspaket mit der EU in Frage gestellt. Daraus wür-

den sich für die Schweizer Unternehmen Nachteile beim Marktzugang zur EU ergeben.

### Kein Bezug zu Rahmenabkommen

In der Volksabstimmung vom 17. Mai 2020 geht es einzig und allein darum, die bestehenden bilateralen Verträge zu sichern. Ob und wie diese im Rahmen eines institutionellen Abkommens zwischen der Schweiz und der EU danach weiterentwickelt würden, ist eine andere Frage. Falls der Bundesrat das institutionelle Abkommen unterzeichnet, ist eine separate Vorlage zu erwarten, über die Parlament und Volk befinden können. Vorerst gilt es einen vertragslosen Zustand mit der EU zu verhindern. Deshalb ist die Begrenzungs-Initiative abzulehnen. Kl/En

### INHALT



**CO<sub>2</sub>-GESETZ** – In der dritten Sessionswoche erfolgt die heisse Phase – das Plenum befindet darüber. Seite 9



**FITNESS** – Die Branche entwickelt sich erfolgreich zum Spezialisten für Bewegung und Gesundheit. Seite 13



**SCHLEMMEN** – Ein Fondue im Zug oder der Trank der Grünen Fee – viel Spass auch ohne Schnee. Seite 14



**JAKOB'S LECKERLY** – Wie die älteste Biscuitfabrik von jungen Unternehmern wachgeküsst wurde. Seite 15

**BVG-REVISION** – Bersets Plan dürfte bereits gescheitert sein.

## Suche nach Kompromiss

Der als «Kompromiss der Sozialpartner» auf dem Tisch liegende Vorschlag für eine BVG-Revision scheint politisch chancenlos. Bundesrat Alain Berset kommt mit dem vom Arbeitgeberverband unterstützten Gewerkschaftsmodell nicht weiter. Dieses will – unverständlich nach dem klaren Nein zur «AHV 2020» – erneut nach dem Giesskannenprinzip Geld verteilen. Dies kommt weder bei den Medien noch bei vielen Verbänden gut an.

Angesagt ist deshalb die Suche nach einem Kompromiss, der den Namen tatsächlich verdient. Entsprechende Gespräche laufen. Aus Sicht des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv könnte das Modell des Pensionskassenverbands ASIP eine Grundlage für eine mögliche Lösung sein.

En

Seite 3

### CARGO SOUS TERRAIN

Weg von grossen, schwerfälligen Einheiten – hin zu kleinteiligem, flexiblem, automatisiertem und digital gesteuertem Gütertransport: Das will die geplante unterirdische Frachtbahn Cargo sous terrain erreichen, wie CST-Verwaltungsratspräsident **Peter Sutterlüti** im Interview mit der «Gewerbezeitung» sagt. Die vernetzte Citylogistik von CST wird die Städte um bis zu 30 Prozent des Lieferverkehrs und um 50 Prozent der Lärmemissionen entlasten. Im Jahr 2031 soll eine erste Teilstrecke von Zürich nach Härringen (SO) in Betrieb sein, so der Plan. Im Endausbau soll das CST-Netz 500 Kilometer lang sein; es soll rund 30 Milliarden Franken kosten.

En

Seite 2



### ANZEIGE

**FOKUSKMU**  
Die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft

Wie weiter mit der beruflichen Vorsorge?

Ab Montag, 24. Februar, täglich um 17.35 Uhr auf

TELE BÄRN TELE A TELE ZURI tvo tele

und ab Montag, 2. März, täglich um 17.25 Uhr auf

**TELE Z**

und unter:  
[www.fokus-kmu.tv](http://www.fokus-kmu.tv)



9 771420 740999